

Corona: Wir alle steuern die Pandemie mit!

»Gemeinsam gegen Corona?« – das funktioniert nur mit den Menschen, nicht gegen sie», sagte Jan Korte in seiner Rede im Bundestag zum Infektionsschutzgesetz. »Jeder Grundrechtseingriff bedarf der Debatte im Parlament, in der Öffentlichkeit. Es ist eine demokratische Grundsatzfrage, dass darüber nicht Regierungen alleine entscheiden dürfen.« Unsere Bundestagsfraktion stimmte gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung.

Die Bekämpfung der Corona-Epidemie macht schwierige Abwägungen notwendig. Länder wie Frankreich und Belgien haben hohe Neuinfektionszahlen und haben wegen der überforderten Gesundheitssysteme die deutsche Regierung um Hilfe gebeten. Entscheidungen, dass etwa Menschen ab einem bestimmten Alter nicht intensivmedizinisch behandelt werden, werden bereits heute in vielen Ländern wegen der fehlenden Behandlungskapazitäten getroffen. Das wollen wir in Deutschland unbedingt vermeiden. Wir haben gesehen: Auch in Deutschland können die Infektionszahlen sehr schnell in einen Bereich steigen, in dem eine Überlastung des Gesundheitssystems wenige Wochen danach vorprogrammiert ist. Die Phase im Sommer, in der relativ wenige Übertragungen stattgefunden haben, ist lange vorbei.

Bei aller Notwendigkeit, die Epidemie einzudämmen, müssen und können jedoch rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien gewahrt werden. Es darf nicht sein, dass der demokratische Diskurs weiterhin durch die Regierungspolitik ausgehebelt wird. Die notwendigen Maßnahmen brauchen den konstruktiven Meinungsstreit, die unterschiedlichen Perspektiven. Der Platz dafür sind die Parlamente, die am besten durch die unterschiedlichen gewählten Fraktionen als Spiegelbild der Gesellschaft gelten können. Zudem sind die Parlamente als Gesetzgeber auch die einzigen, die tiefe Grundrechtseingriffe

und ethische Fragestellungen für die Bevölkerung regeln dürfen. Die Kontrolle der Infektionszahlen und damit auch die Vorbeugung einer Überlastung des Gesundheitssystems lebt von der Akzeptanz in der Bevölkerung und diese darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

DIE LINKE im Bundestag forderte daher, dass die Bundesregierung eine längerfristige Strategie zum Umgang mit der Corona-Pandemie vorlegt und diese vom Bundestag gegebenenfalls geändert und beschlossen wird. Unsere Fraktion forderte eine Evalua-



tion, die neben der Wirksamkeit im Sinne des Infektionsschutzes auch die Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft, die Verhältnismäßigkeit aller Maßnahmen und nicht zuletzt die soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit der Hilfspakete umfasst. Die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite ist primär nicht eine symbolische Entscheidung. Sie ermöglicht dem Gesundheitsministerium schnelle Gegenmaßnahmen zum Beispiel für den Fall, dass Schutzmaterial oder Behandlungskapazitäten knapp werden. Sie macht es möglich, schnell Behandlungskapazitäten in den Krankenhäusern freizumachen, wenn das notwendig werden sollte. Das sind sinnvolle Gegenmaßnahmen, die im Epidemiefall schnell ergriffen werden müssen. Die nicht vorhersagbare und äußerst dynamische Entwicklung im März 2020 ließen schnelle Entscheidungen notwendig werden.

Unter anderem auf Druck der Bundestagsfraktion DIE LINKE wurde der Parlamentsvorbehalt für die Feststellung der »epidemischen Lage von nationaler Tragweite« und die automatische Befristung aller darauf beruhenden Ver- und Anordnungen bei der Regelung eingefügt. Die problematische Regelung wurde damit entschärft, ihre Geltung bedeutet aber immer noch ein Ausnahmezustand, der grundsätzlich besser früher als später beendet wird.

Gezeigt hat die Pandemie aber erneut, dass Gesundheit keine Ware sein darf. Privatisierte und auf Kostensenkung getrimmte Kliniken halten im Zweifel dann eben nur noch eine minimale Anzahl an Behandlungsbetten vor.

Und hinterfragt und auf Sinn überprüft werden müssen auch von den Regierungen getroffenen Maßnahmen: Erst werden Gaststätten aufgefordert, mit viel Geld Hygienemaßnahmen zu ergreifen, Umbauten vorzunehmen, Sitzplätze zu reduzieren. Aber nachdem das geschehen ist, werden die Lokale doch zum schließen verdonnert bzw. nur noch Außer-Haus-Verkauf erlaubt. Abzeichnen tut sich jedoch, dass ein hoher Anteil an Infektionen im privaten Umfeld erfolgt.

Aufregen kann man sich ferner über bis heute rumlaufende Masken-Muffel! Exemplarisch konnte hier wochenlang der Schienenersatzverkehr auf der Bahnstrecke des RE3 bzw. RE4 erhalten: Die Maske unter der Nase getragen war schon fast der Standard. Liebe Mitmenschen: Sicher, es gibt keinen einhundertprozentigen Schutz. Aber wir alle (!) können und müssen einen Beitrag leisten. Denken wir bei unserem Handeln nicht nur an uns selbst, sondern auch an unser Gegenüber. Gerade in der Weihnachtszeit darf doch ein solch solidarischer Ansatz nicht schwerfallen, oder?

Felix Thier, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag TF



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

vor einem Jahr habe ich hier von Plänen für 2020 gesprochen, von einem motivierten neuen Kreisvorstand und von vor uns liegenden Aufgaben. Dann kam Corona und alles wurde anders. Auf die Details gehe ich im Mitgliederbrief in dieser Ausgabe näher ein. Hier an dieser Stelle möchte ich Ihnen, Euch, uns allen, ein Weihnachtsfest wünschen, was den Titel »Fest« doch noch irgendwie verdient. Es wird ein Weihnachten des Abstands werden. Und uns so aber noch stärker zeigen, wie sehr wir doch eigentlich alle auf Nähe und Geborgenheit eingestellt sind. Was uns Zusammenhalt und Bindung bedeutet. Was Solidarität heißt. Stehen wir zusammen, mit unserem Verhalten den anderen gegenüber. Das beinhaltet auch und gerade jetzt Maßnahmen wie Maske tragen und Abstand halten.

2021 möge besser werden – gesundheitlich, persönlich und politisch. Hier denke ich z.B. an die Mitarbeiter*innen von Schaeffler in Luckenwalde, deren Werk von Schließung bedroht ist. Uns allen viel Kraft!

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Gemeinsam für das Gemeinwohl: digitale Graswurzelprojekte in der Pandemie

Die zweite Welle der Corona-Pandemie stellt uns vor neue Herausforderungen. Neben der Arbeit im Bundestag leiste ich im Rahmen meines Engagements im Verstehbahnhof in Fürstenberg/Havel auch ganz praktische Hilfe. Wir hatten dort mithilfe der dortigen digitalen

Infrastruktur und den Maschinen unserer offenen Werkstatt in den letzten Monaten schon eine ganze Reihe von Problemen pragmatisch gelöst: Videokonferenzsysteme und digitale Bildungsplattformen für die Schulen der Region installiert, tausende Gesichtsvisiere für medizinisches und Pflege-Personal verteilt und bedürftige Schüler*innen mit Laptops versorgt.

Jetzt, in der zweiten Welle, stellt der Verstehbahnhof CO₂-Ampeln her, denn es wird zwar regelmäßiges Lüften in Klassenzimmern empfohlen,

aber wie man lüften soll, darüber herrscht Unklarheit. Mit dem CO₂-Wert kann man indirekt messen, wann die Virenkonzentration gefährlich hoch sein könnte und ein Lüften erforderlich ist, denn je mehr Menschen sich in einem geschlossenen Raum aufhalten, desto höher ist der CO₂-Anteil in der Luft – aber auch die Viren-



BUNDESTAG UND KOMMUNE

konzentration in einem Raum, in dem eine infizierte Person Aerosole ausatmet. Der CO₂-Gehalt wird über einen kleinen Sensor in der Ampel gemessen, rotes oder grünes Licht zeigt an, ob er eine kritische Schwelle überschritten hat und man wieder lüften muss. Die Ampel-Gehäuse drucken wir mit den 3D-Druckern in unserer offenen Werkstatt im Bahnhof Fürstenberg, dort beteilige ich mich auch an der Montage der Ampeln. Wir geben sie zum Materialpreis von 40 Euro an Grundschulen und Gymnasien der Region ab, auch einige der Schüler*innen dieser Schulen montieren fleißig mit. Wie bei den Gesichtsvisieren sind wir mit diesem Projekt nicht allein. Es gibt überall auf der Welt Men-

schen, die verschiedene Versionen von CO₂-Ampeln bauen und die Bauanleitungen veröffentlichen. Wir haben auf Basis dieses geteilten Wissens ein neues, optimiertes Produkt geschaffen, das wir kostengünstig, schnell und unkompliziert für Schulen der Region bereitstellen können und für das auch wir die Anleitung mit dem Rest der Welt teilen. Das ist für mich gelebte, gemeinwohlorientierte Digitalisierung. Mit den CO₂-Ampeln möchten wir Kinder nicht nur vor Infektionen besser schützen, sondern ihnen auch zeigen, dass man mit der Digitalisierung, etwas technischen Kenntnissen, Neugier und Einfallsreichtum selbst Probleme lösen kann – auch ohne Abhängigkeit von Kommerz und Konzernen.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-73107
Telefax: 030 227-76107
E-Mail: anke.domscheit-berg@bundestag.de



Anke Domscheit-Berg präsentiert die selbsthergestellten Corona-Ampeln

VON NORBERT MÜLLER

Auch in der Familienpolitik keine Alternative

Gerne geriert sich die AfD als vermeintliche Verteidigerin von Kindern und Familien. Bei einem genaueren Blick auf fünf Anträge zur Familienpolitik, mit denen sich die AfD in der letzten Sitzungswoche im November an den Deutschen Bundestag wandte, wird deutlich: Die Partei hält ihrem Eigenanspruch keineswegs stand. Statt konkreter Vorschläge zur Lösung der zentralen Probleme, wie etwa dem mangelhaften Kita-Ausbau, der stagnierenden Kinderarmut oder der prekären Lage von Alleinerziehenden, findet man bei der AfD eine Familienpolitik, die zwischen Widersprüchlichkeit, Wirkungslosigkeit und dem Wiederaufwärmen von Rezepten aus den 1930er Jahren oszilliert. Die Neurechten legten dem Bundestag ein krudes Gemisch aus staatlicher Bevormundung bei der Familienplanung, sowie Propaganda für Dreikindfamilien vor.

So soll, in Anlehnung an Polen, das Recht auf Abtreibung de facto abgeschafft werden. Denn dass junge Frauen selbst über ihren Körper und die Frage, ob und wann sie Kinder bekommen, bestimmen, passt nicht in das Weltbild der AfD. Deswegen lehnt die Partei auch Aufklärung über Sexualität und Verhütung in der Schule konsequent ab. Auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen zukünftig nicht mehr über die Vielfältigkeit von Lebensentwürfen berichten, sondern nur noch das Familienbild der AfD propagieren. Im Hintergrund steht bei der AfD die offen formulierte Angst, Deutschland könne aussterben. Dabei ist die Geburtenziffer, also die durchschnittliche Zahl von Geburten je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren, derzeit so hoch, wie sie seit den frühen 1970er Jahren in der BRD nicht mehr war. Das passt aber nicht in die apokalyptische Bilderwelt der Partei und wird dementsprechend einfach ignoriert. Geht es um wirkliche Probleme, wie die Kinderarmut, sind die Vor-



BUNDESTAG UND KOMMUNE

schläge der AfD recht mau: So soll die Mehrwertsteuer auf Windeln gesenkt werden (brächte pro Familie mit Kindern im Wickelalter so etwa 25 Euro im Jahr) und ein nur wage beschriebenes Babydarlehen eingeführt werden. Dass die Anträge hier wenig aussagekräftig oder gar wirkungsvoll sind, könnte unter anderem daran liegen, dass Teile der AfD die Existenz von Kinderarmut leugnen, oder wie der AfD-Familienpolitiker Thomas Ehrhorn, der in einer anderen Debatte in Hinblick

auf arme Familien von »Hartz-IV-Dynastien« sprach, armen Menschen grundsätzlich nur mit Verachtung gegenüber treten.

Wirklich helfen würde Familien, und jungen Menschen, die welche gründen wollen, ein Schutz davor, in Armut abzurutschen. Das heißt konkret: Einführung einer echten Kindergrundsicherung, die Kinder vor einem Aufwachsen in Armut schützt, sowie höhere Mindestlöhne und starke Gewerkschaften, die gute Tariflöhne für die Eltern durchsetzen können.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385 494521
Telefax: 03385 494522
E-Mail: norbert.mueller@bundestag.de

VON HELMUT SCHOLZ

Mini-Deal mit großen Folgen: EU-Kommission erschwert dem neuen US-Präsidenten schon vor Amtsantritt die Arbeit

Der Lobster-Deal, eine Zollsenkung der EU für Hummer aus den USA, brachte der republikanischen Senatorin Susan Collins die Wiederwahl. Vorher hatte sie in den Umfragen deutlich zurückgelegen. Dadurch hat der gewählte Präsident Joe Biden eine mögliche Mehrheit im Senat verloren. War es das wert?

Die Schützenhilfe der EU-Kommission kam ohne Not, als sie im September auf den listigen Vorschlag von Trump einwilligte. Sie tat das, obwohl die USA die Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumerzeugnisse aus der EU aufrechterhielten und dies noch immer tun. Die anderen Fraktionen im Europäischen Parlament fielen auch darauf herein und



Uwe Valkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

unterstützten das Abkommen sogar noch, als die USA im Oktober ihre Strafzölle weiter verschärften. Im Hummer-Staat Maine feierte Senatorin Collins das als ihren Erfolg und wurde wiedergewählt. Und vom gewählten künftigen Präsidenten Biden kam bisher auch kein Signal, dass er den alten Logiken folgenden Kotau der EU zum Anlass nimmt, eine Veränderung der US-amerikanischen handels- und wirtschaftspolitischen Praxis gegenüber der EU einzuleiten. Wozu dann die Eile?

Hintergrund:

Die Hummer-Fischerei, ein Markenzeichen von Maine, verlor in den handelspolitischen Konflikten des abgewählten Präsidenten Trump ihre Absatzmärkte. Immerhin werden jährlich Tiere im Wert von 500 Millionen Dollar angelandet. Im Handelsstreit mit Trump kauften die Europäer*innen häufiger den seit CETA günstigeren Hummer bei der kanadischen Konkurrenz ein. Dann verärgerte Trump auch noch China, das prompt mit Strafzöllen auf die Hummer aus Maine reagierte.

Es sah schlecht aus für die Republikanische Partei, für Trump, für die Senatssitze am 3. November. Doch dann kam Schützenhilfe von der EU-Kommission. Sie reagierte im September erfreut auf den Vorschlag aus dem Weißen Haus, ein begrenztes Abkommen über Zollerleichterungen für einige wenige Produkte mit den USA zu schließen. Die Kommission hielt das für ein Zeichen der Entspannung, wollte unbedingt mitspielen, obwohl die USA die Strafzölle auf Stahl- und

Aluminiumerzeugnisse aus der EU nicht nur aufrechterhielten, sondern im Oktober sogar noch verschärften. Senatorin Susan Collins verkaufte das in ihrer Kampagne als persönlichen Erfolg und wurde wiedergewählt. Joe Biden wird dadurch keine Mehrheit im Senat haben, höchstens noch ein Patt.

Die Linksfraktion im Europäischen Parlament hat übrigens gegen diesen Deal gestimmt, der das Kalkül von Trump bediente, den irischen Hummerfischer*innen schadet und der EU-Kommission eine Trumpfkarte nimmt, wenn sie mit der Biden-Administration 2021 über eine Aufhebung der Strafzölle verhandelt.

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-71890

Telefax: 030 227-76819

E-Mail: wk@helmutscholz.eu

VON ISABELLE VANDRÉ

Mietpreisbremse verlängern!

Seit 2014 bzw. 2016 gilt in Brandenburg die sogenannte »Mietpreisbremse«, die einen übermäßigen Anstieg der Mieten sowohl im Bestand, als auch bei Neuvermietungen verhindern soll. Dafür werden zwei bundesrechtliche Regelungen von der Landesregierung per Verordnung umgesetzt.

Konkret handelt es sich dabei um:
1) Die Kappungsgrenzenverordnung: Sie basiert auf § 558 Absatz 3 BGB und legt fest, dass in einem bestehenden Mietvertrag die Miete innerhalb von drei Jahren um maximal 15 Prozent erhöht werden darf.

2) Die Mietpreisbegrenzungsverordnung: Sie basiert auf § 556d BGB und legt fest, dass die Miete beim Abschluss eines neuen Mietvertrages maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf.

DIE LINKE kritisiert beide Maßnahmen als unzureichend, doch sie sind besser als nichts. Allerdings gelten die beiden Verordnungen in Brandenburg nur in jeweils 30 bzw. 31 Städten und Gemeinden, in denen der Mietwohnungsmarkt als

besonders angespannt gilt. Beide Verordnungen wurden von der vormaligen rot-roten Landesregierung erlassen, sind zeitlich begrenzt und laufen zum 31.12.2020 aus. Obwohl der Bundestag mit dem Stimmen von CDU/CSU, SPD und GRÜNEN am 14.2.2020 eine Verlängerung und moderate Verschärfung der »Mietpreisbremse« beschlossen hat, laviert die heutige rot-schwarz-grüne Landesregierung seit April 2020 um die Frage herum, ob sie die Brandenburger Verordnungen ebenfalls verlängert. Offenbar denkt das zuständige, CDU-geführte Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung darüber nach, auf eine Verlängerung der »Mietpreisbremse« in Brandenburg zu verzichten. Der Deutsche Mieterbund, der DGB und auch wir befürchten, dass in diesem Fall zum Jahresbeginn vielerorts erhebliche Mietsteigerungen drohen.



privat



privat

LANDTAG UND KOMMUNE

Die Linksfraktion im Landtag fordert, die Kappungsgrenzen- und die Mietpreisbegrenzungsverordnung in Brandenburg zu verlängern, sie an die neue Bundesgesetzgebung anzupassen sowie auf weitere Städte/Gemeinden auszuweiten, in denen der Wohnungsmarkt ebenfalls angespannt ist. In einer Reihe von Städten und Gemeinden wurden auf Antrag der kommunalen Linksfractionen Beschlüsse gefasst, die die Landesregierung ebenfalls zum Handeln auffordern. Der Brandenburger Landesverband des Deutschen Mieterbundes hat

zudem eine Online Petition gestartet, die ihr auf seiner Internetseite unterstützen könnt.

Für uns kann die Mietpreisbremse allerdings nur ein erster Schritt sein. Wir wollen das Grundrecht auf Wohnen durchsetzen. Dafür müssen Wohnraum, Grund und Boden weitgehend der kapitalistischen Verwertungslogik entzogen werden. Es braucht einen Verkaufsstopp für öffentliche Flächen, mehr sozialen Wohnungsbau durch kommunale und landeseigene Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und soziale Wohnprojekte. Auch die Vergesellschaftung profitorientierter Wohnungskonzerne darf kein Tabu sein.

Isabelle Vandré

MdL, Sprecherin für Mieten- und Wohnungspolitik, Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg
Isabelle.vandred@linksfraktion-brandenburg.de

Fritz R. Viertel

Referent für Stadtentwicklung und Wohnen, Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg
fritz.viertel@linksfraktion-brandenburg.de

Mitgliederbrief

Liebe Genossinnen und Genossen,

was war das für ein Jahr! Die Seele unserer Partei macht auch der Austausch aus, das Treffen, die Debatte untereinander. Und dann wurden öffentliche Veranstaltungen tabu, gerade für unsere Aktivitäten wie Osterhasenfest, das Familienfest zum 1. Mai, unseren FrühLINKSempfang, Infostände zum Sammeln von Unterschriften zur Volksinitiative »Keine Geschenke den Hohenzöllern«, für unser Zuckertütenfest – ein Graus. Mitunter fanden sich kreative Lösungen. Flagge gezeigt haben die LINKEN in Teltow-Fläming trotzdem: Mit einer fantastischen Spendenaktion für die Herstellung von Corona-Visieren, mit persönlichem Abstand untereinander und so einer trotzdem würdigen Teilnahme an den Gedenktagen, z. B. zum Tag der Befreiung, mit dem Überreichen von Blumen zum Frauentag, per Demonstration für systemrelevante Berufe und deren bessere Bezahlung – die Liste ließe sich fortsetzen. Und für jede Aktivität

mein Dank! Ihr alle habt dazu beigetragen, dass DIE LINKE präsent blieb. Die Lage der Politik in der Pandemie ist das Eine. Die Lage der Menschen unter Corona das andere. Ich denke an die um ihre Existenz Besorgten, an die Erkrankten, an die Verstorbenen. Es finden sich hier nur schlecht Worte zur Beschreibung der individuellen Lage. Die Pandemie hat Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft neu und verstärkt sichtbar gemacht. Steigende Vermögen der Super-Reichen, wachsende Armut bei anderen, Probleme in der Ausfinanzierung unseres Gesundheitssystems, Ungerechtigkeiten in den Corona-Sofort-Hilfen, Widersprüche und Unverständnis zu getroffenen Maßnahmen. Die Pandemie machte aber auch die politisch Verantwortlichen zu Getriebenen, Fehler passieren. Das soll keine Entschuldigung sein, aber um Verständnis werben. Wie hätten Sie bzw. Du konkret gehandelt, wenn Entscheidungen anstanden, von Jetzt auf Gleich?

Am Ende ging und geht es Menschenleben, um das Wohl unserer Gesellschaft. Um das Recht einer*s

Jeden auf ein Leben ohne Gesundheitsgefahr. Wenn das Einschränkungen der individuellen Freiheit bedeutet, so gehört dies für mich zu einem solidarischen Miteinander, zu einem Leben in Freiheit für alle (!) dazu. Und ich bleibe dabei: Über was regen sich denn manche auf? Über die Pflicht zum Tragen einer Maske im öffentlichen Raum?! Also bitte! Im OP, im Labor, auf Baustellen, ... tragen Menschen schon immer stundenlang Masken – und das unter ganz anderen Belastungssituationen. In der jetzigen Lage von Diktatur, Ermächtigungsgesetz und sonst was zu sprechen, lässt mich nur kopfschüttelnd zurück. Ich weiß, die so auftretenden Leute sind eine Minderheit, die (leider zum großen Teil schweigende) Mehrheit steht zu den und versteht die ergriffenen Maßnahmen. Unverständlicherweise bekommt die laute Minderheit in der Berichterstattung aber einen überproportional großen Raum eingeräumt. Mit Skandal und Aufschrei ließ sich aber schon immer mehr Umsatz erzeugen ... Liebe Genossinnen und Genossen, 2021 wird für unsere Partei spannend und entscheidend. Wieder

einmal, wie so oft. Ein Standardsatz. Und doch zutreffend: Bundestagswahl im Herbst, gewählt wird da auch in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. DIE LINKE muss hier in die Regierung rein bzw. bleiben! Im Frühjahr schon gilt es in Sachsen-Anhalt einen Rechtsruck zu vermeiden, in Thüringen soll Bodo Ramelow weitermachen. DIE LINKE kann und will Weichen stellen, für die Menschen, für Sie, für Dich, für alle. Und daher werben wir als Mitglieder und Sympathisierende um jede Stimme für unsere Partei. Besonders auch in Teltow-Fläming: Kornelia Wehlan stellt sich als Landrätin zur Wiederwahl. Ich finde, zu Recht! Wir in der LINKEN sind von einer solidarischen Gesellschaft überzeugt, wir treten dafür ein. Profit, Gewinnmaximierung um jeden Preis, das Recht des Stärkeren darf nicht das Ende der Entwicklung sein. Nicht für Linke, nicht für uns Genossinnen und Genossen. Kämpfen wir dafür, jetzt erst recht, trotz alledem! Hier ist DIE LINKE. Und hier bleibt sie – mit und durch uns alle!

Felix Thier, Vorsitzender des Kreisverbandes der LINKEN TF

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
10.1.2021, Berlin-Friedrichsfelde

Beratung Redaktion Linksblick
13.1.2021, 17.30 Uhr,
Kreisgeschäftsstelle
Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand
13.1.2021, 19 Uhr,
Kreisgeschäftsstelle
Luckenwalde

Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus/Holocaustgedenktag
27.1. 2021, 10 Uhr,
– Friedhof Ludwigsfelde
– Ehrenhain in Luckenwalde
anschließend Waldfriedhof
und Stalag-Gedenkstätte

Gemeinsame Beratung Kreisvorstand und Kreistagsfraktion
13.2.2021, 10 Uhr,
in Dahme/Mark

+++ LESERBRIEF +++

»Hallo, danke für den Linksblick und die Bewerbung des Herrn Müller für den Bundestag, eine kleine Anmerkung. Der Herr Müller meint u. a. » ... die Reichen und großen Unternehmen sich vor zusätzlichen Steuern keine Sorgen machen brauchen ...«! Nun, es gibt auch Reiche die verantwortungsvoll mit Ihrem Geld umgehen, da finde ich es sogar richtig, dass diese Damen und Herren sich um zusätzliche Steuern keine Sorgen machen brauchen. Aber vielleicht meint der Herr Müller ja jetzt auch sich selbst, denn als Bundestagsabgeordneter ist man ja auch nicht mehr unvermögend und welcher Bundestagsabgeordnete erhöht für sich selbst die Steuern!? Auch das politische Ziel den Umbau zu einem grünen Staat finde ich politisch bedenklich, wenn man, wie wir, ein Industriestaat bleiben wird, dann gehen Veränderungen immer nur im Einklang in Europa, wie auch weltweit auf grüner Ebene. Ich möchte in keinem Land leben, das mit Schulden einen grünen Umbau finanziert, während alle anderen dies nicht tun. Der Herr Müller befürwortet Schulden dafür sogar, das finde ich nicht gut, ein Land sollte nur das Ausgeben was es auch einnimmt und nicht auf Pump leben, denn dadurch werden eben die Reichen ja noch reicher und sein Fingerzeig dann auf die Reichen die mit zusätzlichen Steuern nicht zu rechnen haben, klingt irgendwie als ob sich die Katze in den eigenen Schwanz beisst! Nur mal so nebenbei! Grüße, **Harry**«

TOBIAS BANK

IHR KANDIDAT FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2021 IM WAHLKREIS 60

DAS BIN ICH:

- 35 Jahre jung, Sammler alter Medaillen, Autor und Ausstellungsmacher
- in Potsdam habe ich Politik- und Verwaltungswissenschaften, General History und Zeitgeschichte studiert
- seit 2008 bin ich Gemeindevertreter und seit 2010 Kreistagsmitglied
- ich lebe in einer wunderbaren Beziehung und habe ein Patenkind

DAFÜR STEHE ICH:

- auch im Bundestag möchte ich mich für starke und selbstverwaltete Städte und Gemeinden einsetzen
- der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs als Beitrag zum Klimaschutz hat für mich hohe Priorität
- als Friedensoffizier lehne ich Kriegseinsätze der Bundeswehr ab
- Kinderrechte gehören ins Grundgesetz und das System Hartz IV gehört immer noch abgeschafft
- Gerechtigkeit heißt für mich: endlich eine Vermögenssteuer für Millionäre einführen



DIE LINKE.

Gedanken zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Ob als sexistischer Spruch oder Gewaltfantasie, als physische oder psychische Bedrohung, als Missbrauch oder Mord: Frauen erleben täglich und viele ihr Leben lang Gewalt. Weil sie Frauen sind. 142.000 Menschen in Deutschland wurden 2019 Opfer von Gewalt in der Partnerschaft, die meisten sind Frauen. Hohen Zahlen und einer hohen Dunkelziffer steht ein chronisch unterfinanziertes und lückenhaftes Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen gegenüber. Das wird im Jahr der Pandemie besonders deutlich. Frauen und Mädchen verlieren im Lockdown ihre Schutzräume, wenn sie von Gewalt betroffen sind. Jobverlust und Kontaktbeschränkungen verschärfen die Situation noch. Bis

auf die rechtsextreme AfD forderten alle Parteien, Gewerkschaften und Sozialträger in Deutschland anlässlich des 25. November eine bessere Ausstattung und mehr Prävention, Aufklärung und Bildung zum Thema Gewalt gegen Frauen.

Dass es darüber hinaus immer noch an zukunftsfester Finanzierung mangelt, ist ein Skandal. Die Bundesregierung erhebt keine Zahlen zu Frauen, die wegen ihres Geschlechts umgebracht wurden. In der Polizeistatistik werden sie lediglich als Opfer von Tötungsdelikten erfasst. Geschlechtsbezogene Gewalt gegen Frauen muss in Deutschland endlich als strukturelles Problem ernst genommen werden. Es gibt nicht die eine Lösung. Das Thema Gewalt

gegen Frauen ist so lange vernachlässigt worden, dass man jetzt an vielen Stellen ansetzen muss. Aber: Die Gelder sind knapp, zu knapp und werden weiter gekürzt ... Eine Studie der Brandenburgischen TU Cottbus-Senftenberg beziffert 2017 den ökonomischen Schaden, der durch häusliche Gewalt entsteht, auf 3,8 Milliarden Euro pro Jahr. Die Regierung hat die Mittel für Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen 2020 und 2021 auf fünf Millionen Euro eingekürzt. Das ist unglaublich ... Keine Frau wird von einer gehissten Anti-Gewalt-Fahne oder einer Erklärung geschützt, wie sie anlässlich dieses Tages massenhaft abgegeben wurden. Aber Dank der weltweiten Bewegung gegen

strukturelle Gewalt an Frauen ist dieses Thema im öffentlichen Bewusstsein mittlerweile immerhin angekommen.

Auch aus diesem Grund kämpfen wir in unserer Gemeindevertretung zur Stabilisierung der aktiven Arbeit für Frauen um eine feste Vollzeitstelle einer Gleichstellungsbeauftragten. Hier gibt es massive Widerstände der männerdominierten Fraktionen von CDU, AfD und Freien Wählern.

Sie, und auch Vertreter*innen der Gemeinde reden das Thema klein. Wir bleiben aber dran.

Angelika Tepper,

Fraktion DIE LINKE, in der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow

Information zur Beratung des Landeswahlkampf büros

Am 24.11.2020 fand turnusgemäß die Online-Beratung des Landeswahlkampf büros statt.

Informiert wurde über Termine der Jahresplanung für 2021, die auf der Beratung des Landesvorstandes im Dezember noch beschlossen werden sollen. So u. a.:

■ 22.1.-24.1.2021: Kandidatenschulung mit Fotoprojekt und Beratung der Leitungen der Wahlkreisteams;
■ unter Vorbehalt: am 27./28.2.2021 Landesvertreterinnenversammlung als Präsenzveranstaltung.

Bis Mitte Dezember sind die Teamleitungen der einzelnen Wahlkreise festzulegen.

Für das Land Brandenburg sind wieder 200 Standorte für Großflächenplakate vorgesehen. Dazu werden die Kreisverbände Vorschläge erhalten, die Anfang Dezember mit den Regionen abgestimmt werden.

Vorgesehen sind für März/April und Juni/Juli 2021 zwei Dialogtours unserer Direktkandidaten in ihren Wahlkreisen. Dazu sollten jetzt schon Absprachen erfolgen

und Personen vor Ort einbezogen werden.

Bitte überlegt und besprecht euch in euren Basisorganisationen, wer in welcher Form den Wahlkampf unterstützen möchte und schickt mir einen Überblick. Bitte teilt mir auch mit, welche Formen des Wahlkampfes und Materialien bei euch in der Region am effektivsten waren und wo es Defizite gab. So können wir den Wahlkampf in eurer Region optimieren.

Vorgestellt wurde ein »Mapping-

Projekt« mit dem ein Dossier für die Wahlkreise erstellt werden soll. Ziel ist eine Analyse unseres Wähler*innenpotenzials und der Wähler*innengruppen für die Gestaltung der Methoden des Wahlkampfes, insbesondere auf Gemeindeebene. Den Wahlkreisen soll dieses Dossier im Januar 2021 zur Verfügung stehen. Wenn zeitlich möglich, wird es auf der Kreisvorstandsberatung im Januar vorgestellt.

Manfred Thier,
Kreiswahlkampfleiter

Gemeinde klagt nun doch

Auf Antrag der Fraktion BB/BVBB-WG wurde erneut über die Frage abgestimmt, ob die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow gegen die von der Luftverkehrsbehörde im vergangenen Juli zum zweiten Mal verfügte nächtlichen Geradeausstarts von der BER-Nordbahn über das dicht besiedelte Zentrum unserer Gemeinde klagt. Im September 2013 hatte die Gemeinde vor dem Oberverwaltungsgericht ein Urteil erstritten, das Geradeausstarts über das Zentrum von Blankenfelde-Mahlow zumindest für die Nachtzeit (22 bis 6 Uhr) als materiell rechtswidrig erkannte. Anders als am 23. Juli stimmten die nahezu vollzählig anwesenden

Gemeindevertreter*innen diesmal für die Klage (18 JA, elf NEIN).

Auch unsere drei DIE LINKE-Vertreter*innen stimmten erneut mit JA. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir uns mit den zukünftig bereits durch alle Landungen (0 bis 24 Uhr) und alle Starts in der Tagzeit (6 bis 22 Uhr) der Westseite der BER-Nordbahn schwerstbelasteten tausenden Einwohner*innen des Zentrums unserer Gemeinde solidarisieren. Wir halten es für nicht hinnehmbar, dass der gesamte Fluglärm der Nordbahn-Westseite auf sie konzentriert wird.

Wir hoffen, dass die Klage Erfolg hat und die Luftverkehrsbehörde ihre

Entscheidung für nächtliche Geradeausstarts, die nach Auffassung des Anwalts der Gemeinde rechtswidrig ist und gute Aussichten auf Erfolg hat, korrigieren muss.

Im Fall eines Erfolgs müsste die Behörde eine alternative Startroute über den Mahlower Norden festsetzen.

Dadurch hätten die schwerstbelasteten Menschen im Zentrum der Gemeinde zumindest in 66 Prozent der nächtlichen Betriebszeit fluglärmfrei und könnten zumindest häufiger ohne Störung durch Fluglärm in Ruhe schlafen, um sich von der enormen Fluglärmbelastung, der sie auch dann noch durch Starts (6

bis 22 Uhr) und Landungen (0 bis 24 Uhr) ausgesetzt sein werden, etwas besser erholen zu können.

Die Lärmschutzkonflikte, die wir jetzt erleben, sind die unvermeidliche Folge der politischen Fehlentscheidung für einen ungeeigneten Flughafenstandort, der entgegen der Empfehlungen des Raumordnungsverfahrens von 1994 ausgewählt wurde.

Unsere Gemeinde kann sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten nur für eine Begrenzung der aus dieser falschen Entscheidung resultierenden Schäden einsetzen.

Alexander Fröhlich,
Blankenfelde-Mahlow

Wir müssen dem Hass etwas entgegenstellen

Der 9. November ist der Tag der Erinnerung an die Reichspogromnacht von 1938, als das NS-Regime gewaltsam gegen Juden und jüdische Einrichtungen in Deutschland und Österreich vorging.

Vor 80 Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, brennen in Deutschland die Synagogen, von Berlin bis Hamburg werden jüdische Geschäfte zerstört und geplündert, jüdische Friedhöfe geschändet und die Juden zu Tausenden verschleppt – mindestens 400 Juden werden ermordet oder sterben an den Haftfolgen. Es ist keine »Kristallnacht«, wie die Nationalsozialisten die Ereignisse fortan beschönigend nennen, sondern eine Pogromnacht. Die Novemberpogrome 1938 steigerten den staatlichen Antisemitismus zur Existenzbedrohung für die Juden im ganzen Deutschen Reich.

Sie waren der Anfang der systematischen Vernichtung der Juden im Holocaust.

»Stürmischer Beifall. Alles saust gleich an die Telefone. Nun wird das Volk handeln.« Diese Sätze, niedergeschrieben von Joseph Goebbels, belegen die organisierte Gewalt, die bei Polizei und Partei ihren Anfang nahm und die Bevölkerung mit einschloss. Es zeigte sich hier der sich anbahnende Zivilisationsbruch: Die Pogromnacht markiert den Übergang von der Diskriminierung der Juden zu ihrer systematischen Vernichtung. Der 9. November 1938 hat darum zu Recht eine besondere Bedeutung im kollektiven Gedächtnis: So wird in Deutschland und anderswo in jedem Jahr an diese Schreckensnacht erinnert.

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen bündeln noch einmal ihre Kräfte, treten

auf Veranstaltungen oder in Schulen auf, um nochmals Zeugnis abzulegen. Um den jungen Menschen zu berichten, wozu Menschen fähig sind, wenn die Saat von Intoleranz und Hass aufgeht.

Wo die Zeitzeugen allmählich fehlen, braucht es neue Formen der Erinnerung.

Hunderte Menschen laufen jeden Tag über die Gehwege, wo diese Steine liegen. Über die goldenen Pflastersteine stolpern nur die wenigsten. Die meisten laufen eilig darüber hinweg.

Sie glänzen golden, die Stolpersteine, die auch im Kreis Teltow-Fläming zu finden sind. Sie werden jährlich geputzt von Menschen, die nicht nur dafür sorgen, dass sie gut sichtbar sind, sondern diese Aktion auch gegen das Vergessen hilft.

2020 ist alles anders. Es ist nicht allein die Corona-Pandemie, welche die Begegnung zwischen den betagten Opfern und der nächsten Generation verunmöglicht. Die Zeit lässt die Stimmen allmählich verstummen. Es werden immer weniger, die über die Reichspogromnacht und den Holocaust erzählen können. Da bieten z. B. die Stolpersteine eine anschauliche Alternative.

Ich wünsche uns allen viel Erfolg, denn manches, was Mitte der Dreißiger Jahre unterschwellig begann, das treffen wir heute auch schon wieder. Es ist wichtig, dass es Menschen gibt, die sich an solche schrecklichen Entwicklungen erinnern.

Unser Kampf für Frieden, Demokratie und Freiheit geht weiter.

Maritta Böttcher, Jüterbog

Gedenken in Jüterbog



▲ Am 12. November 2015 wurden im Beisein von Manfred Stolpe (†), und der Landrätin Kornelia Wehlan zwei weitere Stolpersteine in Jüterbog, Weinberge 14, verlegt. Hier wohnten: **Dr. Alfred Korn**, Jahrgang 1861, gedemütigt/entrechtet, Tod 5.3.1937. Er war ein promovierter Jurist.

Dr. Irma Korn, Jahrgang 1894, gedemütigt/entrechtet, Tod 28.3.1940. Sie war eine Lehrerin.

Die Verlegung weiterer Stolpersteine in der Stadt ist bereits geplant. Sie könnten in den Boden vor dem Gymnasium oder auf dem Neumarkt eingelassen werden.



▲ Auch in diesem Jahr wurden diese Steine wieder vielerorts geputzt und Blumen niedergelegt. Mit Tüchern und Putzmittel in den Händen fanden sich Maritta Böttcher (DIE LINKE) und Erik Stohn (SPD) im Kreis von Gleichgesinnten sowie vielen Genossinnen und Genossen ein, um an das Vergangene zu erinnern. Treffpunkt war die Mönchenstraße 33/34. In diesem Hause wohnten **Albert** und **Lina Joel** mit ihren Töchtern **Thea** und **Gisela**. Die gesamte Familie wurde umgebracht. Vor ihrem einstigen Wohnhaus in der Jüterboger Mönchenstraße zeugen vier Gedenksteine, die symbolisch an sie und viele andere Opfer des Nationalsozialismus erinnern sollen. Albert Joel war noch jemand, der für das Kaiserreich 1918 in den Krieg zog und dann Mitte der Dreißiger Jahre vom damaligen Bürgermeister und vielen Einwohnern der Stadt ausgegrenzt, ja auch weggetrieben wurde.



» Unvergessen

Der 9. November gilt in Deutschland als Schicksalstag. 1918 steht er für das Ende der Monarchie, 1933 bringt er mit der sogenannten Pogrom-Nacht Unheil über Menschen, die besonders wegen ihrer jüdischen Herkunft verfolgt und ermordet wurden. Wiederum Jahre später, 1989, endlich ein freudiges Datum: der Fall der Berliner Mauer. Damit die Opfer der Naziherrschaft nicht vergessen werden, gibt es in vielen Städten unseres Landes sogenannte »Stolpersteine«. Diese künden vom Schicksal der Männer, Frauen und Kinder, die von den Nazis ermordet wurden. «

Sabine Gumpel, Jüterbog

» Es war in diesem Jahr eher ein individuelles Gedenken. Aber ganz gleich wie turbulent die Zeiten um uns herum sind, wir werden mahnen und erinnern – Gegen das Vergessen. «

Carsten Preuß, Zossen

Zum Lesen muss man sich verneigen

Der Künstler Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbst gewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt. Inzwischen liegen STOLPERSTEINE in 1.265 Kommunen Deutschlands und in einundzwanzig Ländern Europas.

»Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist«, zitiert Gunter Demnig den Talmud*. Mit den Steinen vor den Häusern wird die Erinnerung an die Menschen lebendig, die einst hier wohnten, die einst hier lebten. Auf den Steinen steht geschrieben: HIER WOHNTE ... Ein Stein. Ein Name. Ein Mensch.

Für 120 Euro kann jede*r eine Pa-

tenschaft für die Herstellung und Verlegung eines STOLPERSTEINS übernehmen.

Eine gute Idee, eine nachhaltige Aktion. Danke an den Künstler Gunter Demnig!

Anmerkung der Redaktion: Talmud Neben der Tora ist der Talmud eine der bedeutendsten Schriften im Judentum. Talmud, ein hebräisches Wort, bedeutet »Belehrung« oder auch »Lehre«. Im Talmud sind keine Gesetzestexte aufgeschrieben, sondern der Talmud ist die Interpretation der biblischen Gesetze. Diese Schrift enthält zirka zweieinhalb Millionen Wörter.*

Maritta Böttcher, Jüterbog



Gunter Demnig; Foto: Wikipedia/StagiaireMGIMO/CC BY-SA 4.0; Foto rechts: flickr.com/luebke.veddel

Gedenken in Luckenwalde

In Luckenwalde wurden u.a. die Stolpersteine der Familien Schneider, Rindenau und Seligmann sowie Schwarzweiss wieder zum Strahlen gebracht.

Dr. med. Leo Schwarzweiß war von 1900 bis 1937 Arzt in Luckenwalde und kämpfte sogar für das Deutsche Reich an der Ostfront im Ersten Weltkrieg. Trotzdem wurden er und seine Frau ins KZ Theresienstadt deportiert und fanden dort den Tod.

Margarete und **Julius Seligmann** betrieben in Luckenwalde verschiedene Einzelhandelsgeschäfte, vor allem für Kurzwaren und später für Damenhüte. Beide wurden in Auschwitz 1944 ermordet.

Hinter jedem Stolperstein steckt das Schicksal ganzer Familien.



»Am 9. November, dem »Schicksalstag« der deutschen Geschichte, erinnern wir unter anderem auch an die dunkelsten Kapitel unserer Historie – und das zurecht. Denn der 9. November 1938, der auch als Reichspogromnacht in die Geschichtsbücher einging, markiert den Auftakt zur millionenfachen Ermordung der Jüdinnen und Juden zur Zeit des Hitlerfaschismus. Unsere Aufgabe und Pflicht als LINKE ist es, das Gedenken und die Erinnerungskultur daran, zu welchen Gräueltaten Menschen fähig sind, wach zu halten und sichtbar zu machen. Die Geschichte darf niemals in Vergessenheit geraten. »Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.«, mahnte Primo Levi. Deshalb sagen wir: Nie wieder Faschismus und gegen jeden Antisemitismus. Aus diesem Grund gehört die Stolpersteinpflege an eben jenem Tag bei uns zur Tradition. Wir tragen zwar nicht die Verantwortung für das, was damals passiert ist. Jedoch dafür, dass die Geschichte sich keinesfalls wiederholen darf.«

Martin Zeiler, Luckenwalde



Gedenken in Zossen



Alljährlich wird auch in Zossen am 9. November an die Opfer der Novemberpogrome von 1938 gedacht. In diesem Jahr fand das Gedenken coronabedingt in kleinem Rahmen statt. Bereits am Nachmittag haben Vertreterinnen und Vertreter der Basisorganisation DIE LINKE. Zossen die Stolpersteine der Familie Falk auf dem Marktplatz geputzt. Die vierköpfige Familie Falk wurde im Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Abends dann ging es zum ehemaligen Wohnhaus des Ehepaars Weinberg in der Berliner Straße. **Lesser** und **Martha Weinberg** wurden in das Ghetto Theresienstadt deportiert und starben 1943 bzw. 1944.



alle Fotos: privat

Gastbeitrag

Wie gut sind unsere Krankenhäuser? Stehen die Patienten im Mittelpunkt?

Die Coronakrise hat uns erneut deutlich aufgezeigt, dass das Gesundheitswesen krank ist und eine konsequente Umgestaltung braucht. Es gibt in der Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung eine breite Vielfalt. Diese und das unentschlossene bzw. halberzige Agieren der Regierungsmehrheit von CDU/CSU und SPD im Bund verhindern, dass es zu konsequenten politischen Entscheidungen für eine Reform kommt, die das Gesundheitssystem in den Ländern und Kommunen zukunftsfähig gestaltet. **Für uns LINKE steht fest, dass das Gesundheitswesen mit seinen drei Bereichen:**

■ **die ambulante Versorgung** über die Haus- und Fachärzt*innen, am besten zur Versorgung aus einer Hand in Polikliniken und Gesundheitszentren,

■ **die stationäre Versorgung** in materiell und finanziell gut ausgestatteten Krankenhäusern (die Fallpauschale je Auslastung der Krankenhausbetten gehört abgeschafft!) und mit bestens qualifizierten, gut bezahlten und zahlenmäßig ausreichendem Personal, und mit strengsten hygienischen Bedingungen und

■ **der Öffentliche Gesundheitsdienst** mit finanziell und personell ausreichend ausgestatteten Gesundheitsämtern

in die öffentlichen Hände der Kommunen und Länder gehört.

Corona hat es deutlich gemacht. Hier überall klemmt die Säge und zwar gewaltig! Der Bund hat die Schaffung von mehr Coronastationen und Intensivbetten bis 30.9.2020 gut finanziert. Es gab mehr Geld und das hat den meisten Krankenhäusern finanziell geholfen. Und was passiert jetzt in der zweiten Welle? Die Corona- und Intensivbetten werden belegt, aber es gibt ein riesiges Defizit an Pflegepersonal, vor allem zur Intensivpflege. Das ist die Langzeitwirkung einer jahrelang verfehlten Krankenhauspolitik des Bundes, die den Fokus ausschließlich auf die Wirtschaftlichkeit richtete und nicht auf die bestmöglichen Pflege der Patient*innen.

Auf den Schultern des Pflegepersonals wurde die Last abgeladen. Viele von ihnen sind am Limit und haben Angst vor der Belastung durch die zweite Coronawelle. Das Pflegepersonal braucht Arbeitsbedingungen auf Augenhöhe mit den Ärztinnen und Ärzten, braucht eine angemessene Bezahlung, so wie es z. B. in unserem städtischen Klinikum EvB Dank des Bürgerbegehrens und Dank des SVV-Beschlusses erreicht wurde, braucht gute Qualifizierungsmöglichkeiten und verlässliche Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, denn Schichtbetrieb schlaucht!

In meiner Amtszeit konnte ich bereits 2013 als Vorsitzende der Ge-

sundheitsministerkonferenz unsere Positionen für die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit dem Schwerpunkt Gesundheitsämter und für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung vertreten. Leider gab es dafür keine Mehrheit. Es musste wohl erst die Coronakrise kommen, damit die Bundespolitik von schwarz/rot endlich aufwacht und das Dilemma wahrnimmt. Aber wird das auch zu den folgerichtigen Gesetzen führen?

Im Übrigen hat Gregor Gysi Recht, wenn er in der Bundestagsdebatte zur Deutschen Einheit am 29. Mai 2020 darauf hinwies, dass wir in der DDR besser auf extreme Situationen, wie Pandemien und Hochwasserkatastrophen, vorbereitet waren ... Die Bereitschaft des Westens auch von unseren Erfahrungen lernen zu wollen, hätte vieles verhindern bzw. besser machen können ...

Und auch der Erfahrungsaustausch bleibt mir wichtig. Anfang November war ich beim kaufmännischen Direktor des städtischen Klinikums Dresden, welches als Eigenbetrieb der Stadt organisiert ist. Schnell waren wir uns einig darüber, dass Krankenhäuser in öffentliche Hand gehören, um die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für die Bevölkerung zu sichern. Denn die gehört in den Mittelpunkt und nicht der ständige Kampf um Wirtschaftlichkeit mangels Finanzierung durch den Bund. Und Fakt ist

auch, wir brauchen mehr und gut qualifiziertes Pflegepersonal, das auf Augenhöhe mit den Ärztinnen und Ärzten Verantwortung trägt. Und Hygiene und Arbeitsmedizin brauchen größere Aufmerksamkeit im Krankenhaus.

Dr. Kristin Kaufmann (DIE LINKE) als zuständige Bürgermeisterin macht in Dresden dafür eine gute Arbeit. Es bleibt dabei! Wir LINKE kämpfen für den notwendigen Umbau des Gesundheitswesens.

Es gehört in öffentliche Hand, ist eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung und unsere Krankenhäuser sichern vielerorts für viele Menschen sichere Arbeitsplätze.

Diese Erkenntnis hat sich auch der Kreistag Märkisch-Oderland zu eigen gemacht. Der Kauf des Krankenhauses Seelow (bisher in Trägerschaft der Lutherstift GmbH) durch den Landkreis soll noch im Dezember besiegelt werden. Damit können die Potenziale der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung stationär und ambulant gestärkt und zukunftsfähig aufgestellt werden. Krankenhaus und Poliklinik bzw. MVZ sind gute Partner dafür und sichern eine gesundheitliche Betreuung aus einer Hand durch ein komplexes Fachärzt*innenangebot.

Anita Tack, Potsdam, Gesundheitsministerin a. D. des Landes Brandenburg

Vorbereitung auf die Bundestagswahl

2021 wird ein neuer Bundestag gewählt und dies wirft schon jetzt seinen Schatten voraus. Denn kürzlich wurde unser Ortsverband Rangsdorf um eine Information über die Standorte der Großplakate unserer Partei DIE LINKE in der Gemeinde gebeten. Damit wurden wir wieder einmal mit einem Thema konfrontiert, das wir schon längere Zeit diskutieren und über unsere Gemeindevertreter im Ort umsetzen möchten – dem Plakatierungswahn bei Wahlen und damit der bedenklichen Verschwendung von Papier ein Ende zu setzen.

Wenn wir an die letzten Wahlen denken, bei denen die Bürgermeisterwahl mit der Landtagswahl zusammenfiel, an die gerichtliche Auseinandersetzung um das Anbringen eines Banners, die zu dem unglaublichen Urteil führte, dass in ganz Brandenburg Wahlplakate überall aufgehängt werden können und keine Gemeinde dagegen vorgehen kann. Daran wird deutlich, wie schwierig es ist, zwischen allen Beteiligten einen Konsens zu finden, um die Plakatflut einzudämmen. Unser Vorschlag an die Gemeinde-

vertretung war und ist es, nur an einer bestimmten Stelle des Ortes alle Parteien sich vorstellen zu lassen und damit die Möglichkeit zu eröffnen, sich tatsächlich sowohl mit den Kandidierenden als auch ihren politischen Zielen vertraut zu machen und den Verkehr nicht durch Ablenkung infolge ständige Aufmerksamkeit fordernder Wahlwerbung zu gefährden. Inwieweit es uns gelingt, in unserer Gemeinde hier erfolgreich einen freiwilligen Konsens aller Parteien zu erwirken, bleibt abzuwarten. Wünschenswert

ist es allemal, weniger Papier zu verbrauchen und zugleich weniger plakative Inhaltslosigkeit zu verbreiten. Die Zeit für das Anbringen und den Abbau der Plakate sollte stattdessen in die Informationen über die Kandidierenden und deren Programme investiert werden. Und dem Ortsbild sind weniger Plakate ebenfalls zuträglich.

Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und die anderen Parteien aufrufen uns zu folgen.

Petra Wolf-Valerius, Rangsdorf

Denkmaltour am 17. Oktober 2020

Ein spannender Samstag mit Denkmal-Erkundungstour war das. Danke an Edeltraut Liese und Peter Hacke für die geschichtlichen Infos zu den Orten Dennewitz, Gölsdorf, Rohrbeck, Kloster Zinna und Jüterbog sowie zur Schlacht bei Dennewitz vom 6. September 1813. Das Denkmal von Georg Elser und der Obelisk für die gefallenen Sowjetsoldaten durfte dabei selbstverständlich nicht fehlen. Das Elser-Denkmal in Altes Lager haben Klaus Pollmann und Jens Ralf Nehr Korn auf ihrer Grundstücksgrenze selbst errichtet!

Tobias Bank erkundet den Wahlkreis 60, in dem er kandidiert:



Denkmal zur Schlacht bei Dennewitz



Tobias Bank vor dem Elser-Denkmal



Tobias Bank und Edeltraut Liese in der Ausstellung zur Schlacht



privates Denkmal zu Ehren Johann Georg Elzers
Fotos: privat

Volks- trauertag

Der Volkstrauertag wurde durch den 1919 gegründeten Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf Vorschlag seines bayerischen Landesverbandes zum Gedenken an die Kriegstoten des Ersten Weltkrieges eingeführt. Nicht "befohlene" Trauer war das Motiv, sondern das Setzen eines nicht übersehbaren Zeichens der Solidarität derjenigen, die keinen Verlust zu beklagen hatten, mit den Hinterbliebenen der Gefallenen. Der Volksbund versteht diesen Gedenktag auch mit zunehmendem Abstand vom Krieg als einen Tag der Trauer. Der Volkstrauertag ist aber auch zu einem Tag der Mahnung für Versöhnung, Verständigung und Frieden geworden.

Maritta Böttcher, Jüterbog

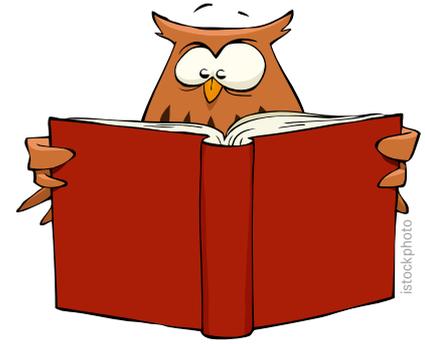


Fotos: privat



Ehrung der Stadt Jüterbog und der Bundeswehr aus Holzdorf an der Gedenkstätte Kappan

L E S E U L E

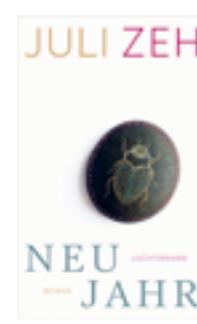


Juli Zeh: »Neujahr«

Der 1. Januar gilt bei vielen Menschen weltweit als Tag der guten Vorsätze. Sie erinnern sich an das vergangene Jahr, an positive Ereignisse und Erlebnisse, aber auch an Misserfolge, Niederlagen.

So auch die Hauptfigur in Juli Zehs Roman »Neujahr«. Mit seiner Frau und den zwei kleinen Kindern verbringt Henning den Jahreswechsel auf Lanzarote. Er ist mit seinem Leben völlig überfordert – Familienernährer, Ehemann, Vater. Dabei ist nach außen hin alles in Ordnung. Dennoch erlebt er Panikattacken, wenn ES ihn wieder ergreift. Während er am Neujahrstag mit dem Fahrrad allein den steilen Berg nach Femes erklimmt – ohne Verpflegung und Geld –, erfährt der Lesende mehr über sein bisheriges Leben. Als Kind aufgewachsen ohne Vater, seine Mutter kümmert sich um ihn und seine jüngere Schwester Luna. Schwarze Steine, die seine Mutter bemalt, erscheinen ihm als wichtig. Als er völlig erschöpft sein Ziel erreicht hat, fällt es ihm wie Schuppen von den Augen: Hier war er schon einmal! Nun erinnert er sich: Er war fünf, Luna zwei Jahre alt. Und beide haben die Hölle erlebt. Dieses Erlebnis bewegt ihn im Unterbewusstsein bis in die Gegenwart. Wie Juli Zeh, geboren 1974 in Bonn, die kindliche Fantasie beschreibt, dazu noch ausdrucksstark die Kindersprache einer Zweijährigen beherrscht, führt zu einem sprachlich dichten Roman, der den Leser mitreißt. Die Erinnerung hilft Henning, bei der Rückfahrt zu seiner Familie viele Erlebnisse nicht mehr bedrohlich zu betrachten. Für Spannung ist gesorgt.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



Juli Zeh: Neujahr
192 Seiten, Taschenbuch, 11 Euro
ISBN 978-3-442-71896-2



Ehrung am Volkstrauertag am sowjetischen Gräberfeld auf dem Waldfriedhof in Luckenwalde durch Felix Thier und Erik Scheidler

Die »Energiewende« in der BRD oder: Wenn aus technischen Problemen soziale Probleme erwachsen.

Wird Kohlenstoff verbrannt entsteht, in Abhängigkeit des verwendeten Energieträgers, insbesondere CO₂ als Reaktionsprodukt.

Bemisst man bei der Verbrennung von Braunkohle den CO₂-Anteil mit 100 Prozent, so beträgt dieser bei der Verbrennung von Erdgas nur noch ca. 50 Prozent.

Die BRD erzeugt hierbei ca. zwei Prozent des weltweit emittierten CO₂. Die Endenergieverbrauchsstruktur besteht nicht nur aus der Erzeugung von Elektroenergie. Dieser Anteil beträgt in der BRD nur ca. 28 Prozent am Gesamtenergieverbrauch. Der Verkehr schlägt mit weiteren ca. 27 Prozent zu Buche, Raumwärme und Warmwasser mit ca. 26 Prozent und die Prozesswärme der Industrie mit ca. 19 Prozent.

Wie werden nun aus technischen Problemen soziale Probleme?

Bereich Elektroenergieerzeugung: Herr Trittin vertrat 2004 die Auffassung, dass die Energiewende pro Familie und Monat nur ca. einen Euro kostet und somit nicht teurer sei als eine Kugel Eis.

Realität ist jedoch, dass die Strompreise aufgrund der fehlerhaften Investitionspolitik der BRD-Regierungen mit über 30 Cent/kWh die höchsten in Europa sind. Für Arbeitslose, Geringverdienende, Rentner*innen, Studierende und auch bereits für die sogenannte »Mittelschicht« wird Strom immer mehr zum Luxusgut. 344.000 Haushalte wurden 2018 aufgrund nicht bezahlter Rechnungen bereits vom Stromnetz getrennt. Die Kosten der »Energiewende« werden im Bereich der Elektroenergieerzeugung mit aktuell mindestens einer Billion Euro veranschlagt.

Versorgungssicherheit: Elektroenergie muss genau in dem Zeitpunkt erzeugt werden und zur Verfügung stehen, in dem sie gebraucht wird. Spannung und insbesondere die Frequenz haben hierbei zur Verhinderung eines Stromausfalls nur geringe Toleranzen. Zur Erreichung dieser Stabilität kann technisch gesehen aktuell nicht auf konventionelle Kraftwerke im Grundlast- und Spitzenlastbereich verzichtet werden, denn die gesicherte Leistung von

Solarstrom ist gleich null und bei Windenergie minimal (ca. 2 GW). Um CO₂-neutralität bis 2050 zu erreichen, sollen bis 2022 alle Kernkraftwerke und bis 2038 alle Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Wind- und Solarstrom sollen massiv ausgebaut werden. Gaskraftwerke sollen die Grundlastversorgung übernehmen.

Schöne Idee, aber: Ein stabiles Stromnetz gibt es unter diesen Umständen nur dann, wenn der überschüssige Wind- und Solarstrom, der zukünftig in der Summe hinreichend wäre, effektiv zwischengespeichert werden kann. Ca. 850 Pumpspeicherwerke der Größenordnung von Goldisthal/Thüringen wären für eine gesicherte Stromversorgung über das ganze Jahr erforderlich, nur: es fehlt in der BRD die hierfür erforderliche Topografie. Der Anteil der 36 bestehenden Pumpspeicherwerke macht nur 0,65 Prozent der Stromerzeugung aus. Die alternative Umwandlung von Wind- und Solarenergie in Wasserstoff oder Methangas wäre mög-

lich, ist aber mit über 75 Prozent Verlust unwirtschaftlich. Wird das Speicherproblem nicht gelöst oder sind alternativ keine ausreichenden konventionellen Kraftwerke zur Sicherung der Netzstabilität vorhanden und wird nicht gleichzeitig zügig in den Netzausbau investiert, wird eine Energiewende im Strombereich technisch nicht erfolgreich stattfinden können oder die BRD ist auf massive Stromimporte, z. B. aus Frankreich (Atomstrom) oder Polen (Kohlestrom), angewiesen. Wird, und das ist für die Bürger*innen wichtig, der Preissteigerung durch kluge Eingriffe des Staates in die Preispolitik nicht Einhalt geboten, so wird Strom immer mehr zum Luxusgut. Für die Bezahlbarkeit von Strom muss sich unsere Partei zukünftig deutlich mehr einsetzen, denn Elektroenergie gehört, wie die Grundnahrungsmittel, fließendes Wasser oder Heizung, zu den Grundbedürfnissen der zivilisierten Gesellschaft in Mitteleuropa.

Bert Semmler, Ludwigsfelde

Teltow-Fläming am 24. Oktober 2020 mit dem »Oscar« ausgezeichnet

Der Preis »Premier-Kommune« wird seit 1994 im Rahmen des Wettbewerbs »Der große Preis des Mittelstandes« jährlich ausgeschrieben und vergeben. DIE WELT bezeichnete den von der Oskar-Patzelt-Stiftung vergebenen »Großen Preis des Mittelstandes« als die deutschlandweit begehrteste Wirtschaftsauszeichnung. Landrätin Kornelia Wehlan: »Den »Oscar« für unseren wirtschaftlich erfolgreichen, lebens- und lebenswerten Landkreis Teltow-Fläming zu erhalten, macht mich unbändig stolz. Es erfüllt mich mit großer Freude für die damit zu Recht verbundene Anerkennung der Lebensleistung der Menschen hier im Osten – im 30. Jahr der deutschen Einheit. Denn es sind die Menschen, die mit Mut, Leidenschaft, Ideenreichtum, höchstem wirtschaftlichen Einsatz, Forschungsgeist und sozialem Engagement einen Landkreis prägen. Deshalb ist es mir ein Bedürfnis, die höchste Auszeichnung für eine Kommune symbolisch an die 172.000 Menschen in Teltow-Fläming wei-

terzureichen und ihnen herzlich zu danken.«

Auch Entscheidungen des Kreistages haben zum Erfolg beigetragen und erfolgreiche Rahmenbedingungen geschaffen, wie die Entscheidungen zur B101, der Flaeming-Skate, ein kluges und stimmiges Leitbild für den Landkreis, Stärkung des Tourismus, Ausbau des ÖPNV, Anbindung der Gewerbestandorte, Einrichtung neuer Linien – eine Verdopplung allein der Mittel für den ÖPNV seit Amtsantritt von Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) ist erwähnenswert.

Wir werden uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen. Die anstehenden Aufgaben in der Kreispolitik sind vielfältig und die Herausforderungen enorm. Wir werden auch weiterhin mit unserer Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten – um Teltow-Fläming mit ihr zusammen weiter auf der Erfolgspur zu halten.

Felix Thier, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming



Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) nahm, stellvertretend für alle Teltow-Fläminger*innen, sichtlich erfreut den Preis entgegen.

Gesamtmitgliederversammlung unter besonderen Bedingungen



Sebastian Walter hielt eine kämpferische Rede an die Mitglieder

Die Gesamtmitgliederversammlung der Linken des Kreisverbandes Teltow-Fläming.

DIE LINKE. Teltow-Fläming fand am 24. November 2020, nach langer Zeit, wieder einmal in Ludwigsfelde statt.

Da aufgrund der Corona-Pandemie das Kreishaus in Luckenwalde nicht als Versammlungsort zur Verfügung stand, war es gut, dass das Klubhaus Ludwigsfelde uns und unserer Versammlung eine alternative Heimstatt bot.

Die durch die Corona-Situation dezimierte Versammlung der Genossinnen und Genossen hatte zwei wichtige Aufgaben. Zum einen musste eine Delegierte für den Bundestag nachgewählt werden, zum anderen wurden die Genossinnen und Genossen gewählt, die unseren Kreisverband auf der Delegiertenversammlung zur Listenaufstellung zur Bundestagswahl vertreten dürfen. Unsere Gesamtmitgliederversammlung wurde durch Debattenbeiträge von Anja Mayer als Landesvorsitzende sowie Sebastian Walter als Landtagsfraktionsvorsitzender bereichert. Auch die beiden Parlamentsabgeordneten, Norbert Müller und Isabelle Vandr , konnten auf unserer Veranstaltung begrüßt werden.

Unsere Landesvorsitzende ging in Ihrer Rede auf die derzeitigen Herausforderungen der Corona-Krise ein: »Corona habe tief in das Leben jedes Einzelnen eingegriffen – und es hat die Fehler in unserem System schonungslos offengelegt: In den Krankenhäusern, in denen engagierte Menschen weit über die Grenzen des Machbaren hinausgingen, um die Situation beherrschbar zu hal-



Landesvorsitzende Anja Mayer gab auf der Grundlage der Wahlergebnisse von 2019 wichtige Impulse für die Bundestagswahl

ten. In unseren Schulen, in denen Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen weitgehend auf sich allein gestellt digitalen Unterricht und Distanzlernen organisieren mussten, in den Familien, die Kinderbetreuung, Home-Office und Unterricht stemmen mussten und vielfach auf Einkommen verzichten mussten, bei den Solo-Selbstständigen und in der Kulturbranche, wo viele Betriebe bis heute nicht wissen, ob und wie sie die Krise überstehen werden – die Liste ließe sich fortsetzen. Die Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit, vor allem zum Schutz von Schwächeren, waren und sind richtig. Der Schutz aber vor den sozialen Folgen des Lockdowns war bestenfalls halbherzig. Konzepte für

eine verlässliche Kinderbetreuung und Schulbetrieb auch unter Pandemie-Bedingungen gibt es bis heute nicht wirklich. Überbrückungshilfen für Solo-Selbstständige dürfen nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts eingesetzt werden. Mittel und fachliche Unterstützung der Schulen bei der Digitalisierung des Unterrichts, Endgeräte für die Schüler*innen sind kaum erkennbar. Eine echte, auch in Arbeitsbedingungen und Gehältern erkennbare Anerkennung der neuerdings systemrelevanten Berufe? – Klatschen reicht auch.« Im zweiten Teil Ihres Referats stimmte Anja Mayer die Anwesenden auf die bevorstehende Bundestagswahlen ein. »Wir starten von keiner einfachen Ausgangsposition – und dennoch haben wir allen Grund, mit geradem Rücken und erhobenen Hauptes in diese Auseinandersetzung zu gehen. Die Ergebnisse von Landtags- und Kommunalwahlen 2019 haben uns hart getroffen, Mandate und Ressourcen gekostet. Aber wir haben die Wahlen intensiv, solidarisch und konstruktiv diskutiert und unsere kommunalen Abgeordneten ebenso wie die Landtagsfraktion leisten eine hervorragende Arbeit. DIE LINKE, nicht die AfD wird als Oppositionsführerin in Brandenburg wahrgenommen. Und das ist auch gut so! Menschen, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen, es im Augenblick aber nicht tun, finden wir in Brandenburg vor allem in drei Zielgruppen: es sind jene 30.000, die sich im Sommer 2019 noch in den letzten Tagen vor der Landtagswahl für die SPD entschieden, um einen Wahlsieg der AfD zu verhindern. Es sind Menschen, denen der Klimaschutz wichtig ist und die deshalb bei den letzten Wahlen eher grün als links gewählt haben. Und es sind Menschen, die lange links gewählt haben, sich von uns aber nicht mehr ausreichend vertreten und wahrgenommen fühlten – und deshalb im Moment nicht mehr wählen. Wahlkampf wird wieder Handarbeit. Das zeigen uns nicht nur viele Studien, sondern auch unsere eigenen Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr. Das effektivste Mittel zur Gewinnung von Wählerstimmen ist der persönliche Kontakt. Infostände, Zeitungen und Medienberichte werden zur Kenntnis genommen, bestenfalls. Aber wer nicht ohnehin

davon überzeugt ist, uns seine Stimme zu geben, wird sich davon nicht umstimmen lassen. Dazu braucht es den Austausch. Deshalb setzt die Wahlstrategie, die derzeit in den Gremien des Landesverbandes diskutiert wird, konsequent auf den Dialog als das wichtigste Wahlkampfmedium. Egal ob an der Haustür, am Gartenzaun, auf dem Marktplatz oder in den sozialen Medien: wir wollen mit unseren Kandidat*innen erreichbar, ansprechbar und glaubwürdig sein, wollen zuhören – und Lösungen anbieten. Konkret, verständlich und an der Lebenswirklichkeit der Brandenburger*innen orientiert. Das stellt hohe Anforderungen an unsere Kandidat*innen, die ab dem Frühjahr in ihren Wahlkreisen unterwegs sein sollen. Aber es fordert auch uns alle gemeinsam. Denn WIR sind DIE LINKE. Jede*r Einzelne von uns kann und muss überzeugen – damit wir gemeinsam erfolgreich sein können.«

In den darauf folgenden Wahlen wählten die Anwesenden dann demokratisch die sechs Delegierten, die für unseren Landkreis die Bundestagskandidat*innenliste der Partei DIE LINKE mit aufstellen und wählen sollen. Diese drei Frauen und drei Männer werden verantwortungsbewusst für unseren Landkreis und die drei durch den Kreis tangierten Bundestagswahlkreise mit dafür sorgen, dass eine starke und für die Wähler*innen attraktive Landesliste erstellt wird mit der wir den kommenden Wahlkampf und die Bundestagswahl erfolgreich bestreiten werden.

Zwischen den Wahlgängen stellten uns die Kreisvorstandsmitglieder Martin Zeiler und Tom Siedenberg die neue Öffentlichkeitsstrategie, insbesondere im Umgang mit neuen digitalen Medien, wie Facebook und Instagram, vor und zeigten, dass wir auch auf der Ebene für die kommenden Wahlkämpfe gut aufgestellt sein werden.

Insgesamt war unsere Gesamtmitgliederversammlung unter den Umständen der Corona-Pandemie eine erfolgreiche Veranstaltung, mit der weitere Voraussetzungen geschaffen wurden, uns im kommenden Wahlkampfjahr 2021 zu einem erfolgreichen Ergebnis zu führen.

Silvio Pape, Ludwigsfelde

DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-süd.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)
[instagram.com/dielinke.tf](https://www.instagram.com/dielinke.tf)

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN:
DE80 1605 0000 3633 0274 15

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktionsschluss: 3. Dezember 2020
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.700, Dezember 2020
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebenden übereinstimmen.

Wald und Acker: Bericht aus dem Ausschuss

Für mich als studierten Forstwirt gehört der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt (ALU) des Kreistages immer noch zu den schönsten und interessantesten. Ich bin daher hier mit Freude seit nunmehr über zehn Jahren Mitglied.

Auf der jüngsten Sitzung im November standen mit der Auswertung des Jagdjahrs 2019/2020 und des Erntejahrs 2020 Themen auf der Tagesordnung, die nicht nur informativ waren, sondern auch für alle Menschen nicht nur Politsprech, sondern nachvollziehbar sind. Kann doch ein*e Jede*r sehen, was im Laufe des Jahres in Wald und Flur so kreucht und fleucht.

Erfreuliche Botschaft: Die Jägerschaft, also Personen mit einem Jagdschein, in Teltow-Fläming wird jünger – und weiblicher.

Weniger schön: Der Bestand des Muffelwildes im Landkreis ist erloschen. Der Wolf hat hier als Raubtier gewirkt. Zu wissen ist aber an dieser Stelle auch, dass Muffelwild in unserer Region nicht natürlich vorkommend bzw. heimisch ist – der Wolf hatte also leichtes Spiel.

Schwarzwild, also Wildscheine, hat bei uns ein gutes Auskommen: der urbane Raum im Berliner Speckgürtel, die vielen Seen mit Gewässerstrandstreifen als Rückzugsort, Mais als optimaler Futterlieferant – die Wildsau fühlt sich sprichwörtlich sawohl. Daher verwundert auch nicht der neue Jagdrekord: annähernd 8.000 Tiere wurden zur Strecke gebracht. Abzeichnen tut sich, dass die Rotten (Rudel der Tiere) größer werden. Dies sei zum einen dem Wolf als Jäger geschuldet, zum anderen aber auch dem massiven Populationswachstum. Mit Blick auf die nun in Brandenburg angekommene Afrika-

nische Schweinepest (ASP) also ein weiteres Argument für die hohen Abschusszahlen beim Schwarzwild. Die Zahlen beim Rehwild sind rückläufig, so der Bericht im Ausschuss. Die meisten Tiere wurden im Norden des Landkreises erlegt, im Süden/ländlichen Raum seien die Bestände schwächer. Wohl auch eine Folge des Wolfes. Was ich persönlich begrüße – eine natürliche Regulation der Wildbestände ist immer besser als ein externes Eingreifen durch den Menschen mittels Jagd.

Die natürliche Regulation beim Waschbären ist offenbar aber zum scheitern verurteilt: Noch immer wachsen dessen Bestände an, auch in diesem Jagdjahr wurden wieder Rekordabschusszahlen erreicht. Dem Waschbären geht es zu gut: Er findet als Allesfresser Futter in unseren Nahrungsabfällen in Mülltonnen und auf dem Komposthaufen, nicht selten wird »das putzige, kuschelige Kerlchen« aber auch aktiv angefüttert. Und erfreut sich dann zwischendurch auch mal an dem ein oder anderen Gelege heimischer Singvögel. Und wir wundern uns, warum es in der Natur immer stiller wird ...

Bedauerlich ist, dass die Nachfrage beim Wildfleisch eingebrochen ist, die Preise sind im Keller. Ein Vorschlag von mir: Warum zum Weihnachtsfest und/oder Jahreswechsel nicht einmal Hirschkeule, Wildschweinbraten oder Rehrücken? Es muss nicht die weit transportierte Gans aus der Farm in Ungarn, Polen oder Niedersachsen sein. Warum nicht heimisches Wild aus dem Fläming? Regional ist erste Wahl!

Wie schon erwähnt ist der Mais ein Paradies für das Wild. Allgemein, so das Fazit im ALU, ist der Ackerbau für das heimische Wild eigentlich

nur noch Mast – und das jedes Jahr. Als größte Anbaugruppen in Teltow-Fläming sind mit 37 Prozent Getreide, 20 Prozent der Mais und rund sechs Prozent Ölsaaten zu nennen. Mais ist und bleibt ein Streitthema. Für nicht wenige ist die »Vermaisung« der Landschaft ein Problem. Die Fakten regen aber zum Nachdenken an: so ist die Anbaufläche für Mais in unserem Landkreis seit 2014 auf stabilem Niveau. Der Mais ist ferner eine gute Pflanze für trockene Standorte und wächst auch auf schlechteren (Sand-)Böden. Auch wird Mais vermehrt auf früheren Stilllegungsflächen angebaut. Hier werden so wiederum schlechtere Böden genutzt und mögliche Erosion, also Bodenauswaschung, verhindert. Die Erntezahlen an sich waren 2020 bei Getreide und Kartoffeln gut, bei Mais weniger. Landwirt*innen planen den Anbau von Pflanze XY lange im Voraus, da kann man nicht wissen, was im nächsten Jahr unter welchen Wetterbedingungen wächst. Landwirtschaft ist eine Art Pokerspiel, unsere Bäuerinnen und Bauern haben dann zur Ernte Glück oder Pech. Danken und Schätzen wir ihr Engagement – warum nicht mal beim Landhandel um die Ecke, beim Bauern auf dem Dorf einkaufen? Optionen dazu gibt es an nicht wenig Orten, nutzen wir sie:

www.teltow-flaeming.de/de/wirtschaft/landwirtschaft/direktvermarktung.php

Abschließend noch eine Randbemerkung: Wussten Sie eigentlich, dass unsere Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) gelernte Agraringenieurin ist?

Felix Thier, Luckenwalde, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt

Keine Geschenke den Hohenzollern

**Volksinitiative
jetzt unterschreiben!**

Liebe*r Leser*in, damit wir trotz Corona und Abstandsregelungen unserer Volksinitiative »Keine Geschenke den Hohenzollern« zum Erfolg verhelfen können (es fehlen noch ca. 4.000 Unterschriften), intensivieren wir unsere Aktionen. Die Unterschriftenlisten mit den frankierten Antwortbriefumschlägen gibt es bei den Parteigliederungen in den Regionen oder in der Kreisgeschäftsstelle in Luckenwal-

de. Sie können aber auch per Telefon oder E-Mail angefordert werden (Kontakt Daten siehe roter Kasten auf dieser Seite). Wir wenden uns mit dieser Aktion besonders an diejenigen, die noch nicht unterschrieben haben und gerne unterschreiben würden. Bitte helfen sie uns,

die fehlenden Unterschriften bis zum 29. Januar 2021 zu sammeln.

Mehr Informationen:
www.keine-hohenzollern-geschenke.de

